

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. – Vorstand
Bericht über das Kolloquium 2008, in Kooperation mit Evangelische Akademie Villigst:
Wissenschaftlicher Kongress „Frieden mit dem *Unfrieden*? Wissensbestände im Wandel“,
29.2.2008 bis 2.3.2008, Leipzig.

1. Zielsetzung des Kolloquiums*

Aus Anlass ihres vierzigjährigen Bestehens hatte die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung ihre Jahrestagung vom 29. Februar bis 2. März 2008 erstmals in einem der neuen Bundesländer veranstaltet. Mit der Wahl des Tagungsortes Leipzig unterstrichen die Veranstalter ihr Bestreben, künftig mehr Präsenz im Osten der Republik zu zeigen und die Friedens- und Konfliktforschung auch dort stärker zu etablieren. Als Kooperationspartner konnten das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig – zugleich Haupttagungsort –, die Universität Leipzig, Institut für Philosophie, das Bürgerkomitee Leipzig e.V. sowie namhafte Persönlichkeiten, nicht zuletzt auch der Nikolaikirche gewonnen werden. Zu einem Empfang lud zudem der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, in die Alte Handelsbörse am Naschmarkt.

2. Verlauf des Kolloquiums

2.1. Einführende Plenumsvorträge: Reflexion der Wissensbestände

Prof. Dr. Peter Schlotter (Vorsitzender der AFK) eröffnete das Kolloquium, indem er die Fragestellung des Kongresses „Frieden mit dem *Unfrieden*?“ mit den im Wandel befindlichen Wissensbeständen verband. Was wissen wir wirklich über die Ursachen von Gewalt und Krieg- und über die Ursachen von Frieden? Welche Forschungsergebnisse sind für die aktuellen und künftigen Herausforderungen bedeutsam? Welche neuen Fragen gibt es, denen sich die Friedens- und Konfliktforschung noch nicht gestellt hat? Als zentrale Bedingung für den Frieden, über die innerhalb der Friedensforschung ein Konsens bestehe, stellte Schlotter die demokratische Gesellschaft im Inneren heraus. Nur Gesellschaften, die im Inneren befriedet seien und die Partizipation ihrer Bürger ermöglichten, seien dauerhaft nach außen friedensfähig. Der Eröffnung schloss sich ein Grußwort der DSF an. Für den DSF-Vorsitzenden, Prof. Rittberger, der an diesem Tag

* Dem Text liegt ein Bericht über die Tagung zugrunde, der von Petra Hoffmann, Saarbrücken, unter Einarbeitung der Berichte der Moderatoren der Arbeitsgruppen (Klaus Schlichte, Thomas Diez, Martina Fischer, Regine Mehl, Peter Imbusch und Claudia von Braunmühl), sowie der Berichte über die Workshops (Vera Städing, Barbara Müller, Renate Grasse, Sarah Clasen und Peter Imbusch) verfasst wurde. Schlussbearbeitung: Peter Schlotter, Frankfurt/Main.

verhindert war, verwies die stellvertretende Vorsitzende, Dr. Martina Fischer, auf die Gelegenheit, im Rahmen der Feier des 40-jährigen Bestehens der AFK eine Standortbestimmung der Friedensforschung vorzunehmen, namentlich der Auseinandersetzung mit den Wissensbeständen und damit auch mit den Wissenslücken. Drei Aspekte der AFK-Arbeit seien besonders herauszustellen: Dazu gehöre die Nachwuchsförderung, mit der es gelungen sei, junge Wissenschaftler für die Friedensforschung zu gewinnen. Als wichtigen Beitrag wertete sie die Einladung ausländischer Diskussionspartner, um die AFK international stärker zu vernetzen, insbesondere um den Brückenschlag in den angelsächsischen Raum voranzubringen. Zugleich hob sie die Inter- und Multidisziplinarität der Beiträge auf dem Kongress hervor. Darüberhinaus ermögliche die AFK den Dialog zwischen der Wissenschaft und der Praxis.

Im ersten Plenumsreferat unterstrich Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Forschung und Bildung von 1998–2005, die Rolle der Friedensforschung als einer „Mahnerin, wenn es um Aufrüstung und militärische Konfliktlösungsstrategien ging“. Die AFK schärfe maßgeblich das Bewusstsein für nichtmilitärische Konfliktlösungsstrategien, sei immer Streitbar und nie bequem in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik. „Die Friedensforschung [...] ist angesichts der vielfältigen aktuellen Konfliktlagen und Herausforderungen wichtiger denn je. Politik und Gesellschaft brauchen eine kritische Wissenschaft, die dazu beiträgt, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.“ Friedensforschung sei wertgebunden, den Menschenrechten und dem Ziel der Gewaltfreiheit verpflichtet. Jedoch stehe die Friedensforschung immer auch in der Gefahr, in politische Auseinandersetzungen hineingezogen, missverstanden und missbraucht zu werden. „Gesellschaftlich ertragreiche Friedensforschung ist frei und unabhängig. Sie ist interdisziplinär und keine alleinige Angelegenheit der politischen Wissenschaft.“ Nicht zuletzt deshalb müsse die Friedensforschung politisch und finanziell unabhängig sein.

Danach leitete Prof. Dr. Dieter Senghaas, Universität Bremen, mit seinem Vortrag über „40 Jahre Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland – Erinnerung an die Zukunft“ zu den Teilen des Kongresses über, in denen die Teilnehmer den Stand der Forschung reflektierten und diskutierten.

Unter „Leviathan“ fasste Senghaas die Begriffe Staat und Staatlichkeit. Unter einem „zivilisierten Leviathan“ subsumierte er ein staatliches Gebilde, das vier Formen von

Schutz zu bieten trachte: den Schutz vor Gewalt, den Schutz der Freiheit, den Schutz vor Not und der kulturellen Vielfalt. Senghaas warf die Frage auf, wie und unter welchen Bedingungen Frieden in modernen Gesellschaften möglich sei. Er verwies auf den Stellenwert der Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft. Eine solche Diskussion um die internationale Verantwortung habe den zivilisierten Leviathan als Richtmaß. Er verwies auf Diskussionen, ob Denationalisierung und Entgrenzung die Errungenschaften moderner Staatlichkeit ersetzen oder ob sie durch institutionelle Arrangements kompensiert werden können. Angesichts der Tatsache, dass 16 Prozent der Weltbevölkerung in leidlich zivilisierten Staaten oder Staatsgebilden, zehn Prozent jedoch in zerfallenen oder in vom Zerfall bedrohten Staaten leben, hielt Senghaas diese Debatte für ein Luxusproblem. Von den übrigen 74 Prozent bewohnten 37 Prozent China und Indien, beides Sonderfälle. Die anderen 37 Prozent lebten verteilt über rund 120 Länder in Staatsformen, die aus traditionellen, halbmodernen und modernen Elementen bestünden.

Senghaas fragte sodann, wie man Leviathane zivilisieren könne, respektive wie zivilisatorische Errungenschaften zu retten seien und wie Staaten friedlich zusammen leben könnten. Internationale Gremien wie die Vereinten Nationen böten in seinen Augen keine befriedigenden Lösungen an, da ihre Entscheidungen eher auf Verhandlungen als auf der halbwegs objektiven Beurteilung von Tatbeständen beruhten. Kriege seien so nicht sicher abwendbar. Senghaas verwies auf das von Staaten aufgebaute Zerstörungspotential wie beispielsweise die Ost-West-Aufrüstung, die noch nicht wirklich überwunden sei. Nuklearwaffen böten keine Friedensgarantie, sondern führten zur Auffächerung des Sicherheitsrisikos und – wie in den USA – zu einem Wettlauf mit sich selbst. Das Sicherheitsdilemma werde durch Abschreckungskonstellationen deutlich.

Große Leviathane wie die USA seien oft eher selbst- als weltbezogen. Während kleine Länder aufmerksam Fühler ausstreckten, seien große oft narzisstisch bis sendungsbewusst. Ein Mangel an Macht sei nach Karl Deutsch daran erkennbar, dass große Länder kleine nicht mehr in die Knie zwingen könnten, wie beispielsweise die Kriege in Vietnam oder Afghanistan gezeigt hätten. Das liege nicht zuletzt an der Unfähigkeit, die Realität in anderen Ländern objektiv und sachlich zutreffend zu beurteilen. Größe impliziere ein anderes Verhalten. Deutschland verhalte sich so, wie man es eigentlich von einem Kleinstaat erwarte, weltoffen und integrationsbereit. Russland sei dagegen voller hegemonialer Ansprüche. Bei den BRIC-Staaten sei die Ausrichtung noch unklar. Das

Verhältnis USA-China müsse man hingegen weiterhin genau beobachten. Es bestünde sowohl die Möglichkeit einer Wiederholung weltpolitischer Umbrüche, als auch die einer friedlichen Koexistenz.

Die Großmachtansprüche, die sich aus der Größe EU-Europas ergeben könnten, bewertete Senghaas als gering, da die 27 Staaten schon Schwierigkeiten genug hätten, sich zu einigen. Europa sei, nicht zuletzt aufgrund der Kriegserfahrung, ohne Sicherheitsdilemma. Dazu habe auch der wirtschaftliche Nachkriegserfolg beigetragen. Insgesamt sei diese Situation einzigartig in der Welt. Die EU habe zwar eine klare Wirtschafts-, aber keine Außenpolitik. Er bezeichnete das EU-Arrangement als „postmodern“. Tendenziell gehe die EU auch mit anderen Staaten zivil um.

Für die erwähnten 37 % der Menschheit sah Senghaas deutlich schwärzer. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung zu einem zivilisierten Leviathan seien ungünstig, häufig liege die Ursache dafür in Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus. Er führte Lateinamerika als Beispiel auf. Exportfähigkeit von Primärgütern sei oft ein Fluch, weil damit der Enklavencharakter der Wirtschaft verstärkt werde, was wiederum Korruption und Patronage fördere. In diesen Ländern vertieften sich Fehlentwicklungen. Internationale Organisationen wie Weltbank, Währungsfonds und OECD förderten dies durch Rezepturen, die nur für Industrieländer geeignet seien. Die Welt sei eine extrem hierarchisierte, zerklüftete Struktur, deren Zentren stark vernetzt seien und auf Subzentren abstrahlten. Er hielt fest, dass durch die Globalisierung zwar weltweit eine Angleichung der Lebensstile entstehe. Aber gleichzeitig werde die Abwärtsmobilität in dieser Entwicklung häufig von Globalisierungsbefürwortern übersehen. Bislang hätten Sub- und Semi-Peripherien mit Globalisierungsprozessen die meisten Probleme, doch auch in den Zentren der Globalisierung sei mit erheblichen gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu rechnen. Hinzu kämen die Folgen der Migration.

Senghaas stellte abschließend die Frage nach der Weltordnung. Er hoffe auf Debatten und Selbstkorrektur. Staatlichkeit sei notwendig, weil ohne sie internationale Vereinbarungen nicht denkbar seien. Erst wenn der einzelne Staat seine Aufgaben wahrnehme, bestehe auch eine Chance auf Kooperation.

Unter dem Titel: „Weltregieren: Vom exklusiven Multilateralismus zu inklusiver Institutionalisierung“ zeichnete, den zweiten Kongresstag einleitend, Prof. Volker Rittber-

ger, PhD, Entwicklungslinien einer sich vertiefenden Kooperation zwischen staatlichen und zivilen Protagonisten im Bereich trans- bzw. internationaler Norm- und Regelsetzung nach und zeigte auf, wie diese sich als Teil einer sich neu herausbildenden „heterarchischen Weltordnung“ verstehen lassen.

Zunächst erläuterte Rittberger, dass eine Lösung transnationaler Problemstellungen und die Beschaffung globaler öffentlicher Ressourcen im Rahmen des vorgefundenen Korsetts eines „Weltregierens ohne Weltstaat“ – also eines Regierens ohne Rückgriffsmöglichkeit auf die Exekutivmacht und Legitimation eines weltumspannenden Leviathans –, in zunehmenden Maße von einer sich vertiefenden Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren abhängig sei. Es sei eine Entwicklung auszumachen, die – obschon keinesfalls linear verlaufend – zu einem Wandel der institutionalisierten Formgebung des Weltregierens führe bzw. bereits geführt und sich in unterschiedlichen Organisationsstrukturen niedergeschlagen habe.

Ein nach wie vor rein zwischenstaatlich ausgelegter „Exekutiv-Multilaterismus“, der als „exklusiv“ zu bezeichnen sei, da er „nichtstaatliche Akteure bewusst von der Teilhabe ausschließe“, werde genauso praktiziert wie eine etwas mehr fortschrittliche Form, in deren Rahmen die Staaten als zentrale Akteure satzungsgemäß darüber entscheiden, welchen nichtstaatlichen Akteuren unter bestimmten Bedingungen Mitberatungsrechte oder Konsultationsbefugnisse einzuräumen seien. Daneben machte Rittberger eine dritte Form aus. Diese lasse sich als Trend zu „öffentlich-privaten Regierens-Partnerschaften“ einordnen. Hierbei würden nichtstaatlichen Akteuren Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte am Entscheidungs- und Politikentwicklungsprozess innerhalb internationaler Institutionen eingeräumt. Dementsprechend seien dergestalt organisierte Institutionen als „inklusive Institutionen des Weltregierens“ zu bezeichnen. Beispiele für solche Institutionen ließen sich in allen drei Sachbereichen der internationalen Politik – Wohlfahrt, Herrschaft und Sicherheit – festmachen. Zu nennen seien etwa der „Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria“, das „Ständige VN-Forum für die Belange indigener Völker“ oder auch die „Transparenz-Initiative der rohstofffördernden Industrien“. Diesen anhaltenden Trend zur Emergenz von Regierens-Partnerschaften erklärte Rittberger sowohl durch den Wandel von systemischen Rahmenbedingungen und Akteursgruppen als auch durch die unterschiedlichen, sich gegenseitig beeinflussenden Interessen und Ressourcen der Akteure.

Ein erster, mehr funktionalistischer, Erklärungsansatz stellt – nach Rittberger – darauf ab, dass inklusive Institutionen besser in der Lage seien, die durch die Globalisierung forcierten länderübergreifenden Probleme zu lösen. Die bereits beschriebenen rein zwischenstaatlich ausgerichteten Organisationen seien insgesamt ineffektiver bei der Problemlösung. Dieses Defizit werde überdies dann verstärkt, wenn private Akteure als Verursacher länderübergreifender Probleme auszumachen seien. Darüber hinaus litten insbesondere exekutiv-multilateristische Organisationen unter einem Legitimationsdefizit: obwohl nichtstaatliche Akteure von ihren Entscheidungen massiv betroffen seien, werde ihnen eine Partizipation am Entscheidungsverfahren meist vorenthalten. Dieser Mangel sei umso gravierender, als sich gleichzeitig die tatsächlichen Machtverhältnisse auffällig anders darstellten. So sei nicht von der Hand zu weisen, dass heute auch nichtstaatliche Akteure, sowohl als Konkurrenten als auch als Kooperationspartner, wesentlich zur Problemverursachung wie auch zur Problemlösung beitragen könnten. Damit seien inklusive Organisationen funktional betrachtet dazu da, Lücken im System des Weltregierens (sog. governance gaps) zu schließen.

In einem zweiten Argumentationsschritt arbeitete Rittberger sodann heraus, dass diese rein funktionalistische Betrachtung der Ergänzung bedürfe, um den neuen Trend zu erklären. Unter Zugrundelegung der Ressourcenaustausch-Theorie und der Kollektivgütertheorie wies er nach, dass es auch handlungstheoretische Erklärungsansätze gibt, die über den bereits gefundenen Erklärungshorizont hinausgehen. Unter Zugrundelegung der Ressourcenaustausch-Theorie sind für das Entstehen globaler inklusiver Institutionen sowohl Übereinstimmung im Sinne eines Ziel- und Strategiekonsens zwischen den Akteuren als auch die Erkenntnis der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, zur (partiellen) Zweckerreichung auf Ressourcen der jeweils anderen Partner angewiesen zu sein, notwendig. Auf Seiten der Privatwirtschaft seien z.B. Management-Expertise und finanzielle Mittel, auf Seiten von NGOs sei das eingebrachte Fachwissen als Ressource zu verstehen. Staatliche Akteure böten demgegenüber politische Exekutivmacht oder eine Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozess in internationalen Leitgremien als Ressource an.

Die Kollektivgüter-Theorie trifft demgegenüber eher Aussagen darüber, welche Gruppen zwingend notwendig Teil einer solchen „inkluisiven Organisation“ sein sollten, damit kollektive Güter effektiv und effizient verteilt würden. Ausgangspunkt für die Klärung der Frage, welche Akteure geeignete Protagonisten einer solchen Institution sein

könnten, ist dabei die Feststellung, dass die Welt auf die effiziente Produktion globaler öffentlicher Güter angewiesen sei. Eine Institution, die diese Güter effizient bereitstellen wolle, habe alle Akteure zu integrieren, die an der Produktion in irgendeiner Form beteiligt seien oder von ihr betroffen seien oder von sonstigen positiven wie negativen Effekten berührt würden.

Man unterscheide dabei grenzüberschreitende und sektorenübergreifende Effekte. Ersterer wirkten auf Akteure auf verschiedenen Seiten einer Grenze. Letztere beeinflussten auch gesellschaftliche Gruppen oder die Gesellschaft als Ganzes, die nicht am Produktionsprozess beteiligt sein müsse. Je stärker diese Einflüsse seien, umso schwieriger sei auch die Güterproduktion und umso ineffizienter wäre dann die Institution bei der Güterbereitstellung. Nach der Kollektivgüter-Theorie sind Produzenten immer private Akteure. Sie würden aber durch die sektorenübergreifenden Effekte am meisten belastet, denn die Koordinationsfähigkeit schwinde in dem Maße, je mehr Akteure betroffen seien und je mehr Interessen in Einklang gebracht werden müssten. Der Staat als öffentlicher Akteur sei gleichfalls immer weniger in der Lage, effizient zu produzieren oder zu verteilen, je mehr er von grenzüberschreitenden Effekten betroffen werde.

Daraus folge, dass „die Produktion eines Gutes umso effizienter ist, je mehr von Externalitäten (...) betroffene Akteursgruppen in dessen Produktion mit einbezogen werden“. Dementsprechend seien globale inklusive Institutionen die richtige Antwort, denn sie könnten gewährleisten, dass die privaten Güterproduzenten, die zur Lösung gruppeninterner Probleme auf die staatliche regelnde Hand angewiesen sind, zu interessengerechten und effizienten Lösungen gelangen. Umgekehrt seien aber auch die Staaten auf die privaten Produzenten angewiesen, so dass sie gleichfalls ein Interesse hätten, Mitglied der Institution zu sein oder zu werden.

Im dritten Teil seines Vortrages wandte sich Rittberger den Lücken im System des Weltregierens zu. Er legte das Hauptaugenmerk auf die Frage, ob und inwiefern inklusive Organisationen in der Lage seien, diese Lücken zu schließen und ob hierdurch gleichzeitig das Legitimationsdefizit im Bereich des Weltregierens geschlossen werden könne. Im Einzelnen wurden vier Regierungslücken (governance gaps) daraufhin untersucht, inwieweit inklusive Systeme sie schließen bzw. verringern könnten.

Die Zuständigkeitslücke (jurisdictional gap): Sie entsteht durch die mangelnde Reichweite politischer Regelungen bei der Behandlung transsnouveräner Probleme. Die politischen Lösungsansätze bleiben oftmals akteursbezogen bzw. räumlich begrenzt. Hieraus folge ein Mangel an effizienter länderübergreifender Problembearbeitung.

Die operative Lücke (operational gap): Diese Lücke entsteht dadurch, dass den exklusiv-multilateralistisch organisierten öffentlichen Institutionen ein Mangel an wissenschaftlich-technischem Wissen und politisch-administrativen Kapazitäten zu attestieren ist. Daraus folge das Defizit, dass globale Normen und Regeln nur unzureichend implementiert werden können.

Die Anreizlücke (incentive gap): Hiermit sind mangelnde externe Anreize zur Selbstverpflichtung oder zur Einhaltung implementierter Regeln gemeint. Dieses Defizit entsteht dadurch, dass auch große Institutionen nur über beschränkte Instrumente oder Mittel verfügen, diese Anreize zu generieren bzw. die Einhaltung der Regeln zu überwachen.

Die Partizipationslücke (participatory gap): Schließlich führe auch die mangelnde Ausbildung von Teilhaberechten der Entscheidungsunterworfenen am Entscheidungsfindungsprozess zu einer Lücke.

Mit diesen Lücken gehe das angesprochene Legitimitätsdefizit einher, denn mangelhafte Problembearbeitung könne zu einem Infragestellen der Legitimität der Entscheidungsfindung, der Entscheidungsdurchsetzung und der Entscheidungsträger führen.

Zur Schließung operativer Lücken seien inklusive Organisationsformen deswegen geeignet, da die Einbindung unterschiedlichster Akteursgruppen dazu führe, dass jeweils das neueste Wissen und die neuesten Informationen in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden werden können. Hierdurch würden die Problemidentifikation und die Lösungssuche ebenso erleichtert wie die Implementierung der gefundenen Lösungsansätze. Auch die Anreizlücke könne dank inklusiver Organisationsformen verringert werden. So sei ein verbessertes Monitoringsystem unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure einem rein staatlichen Überwachen jederzeit überlegen, da die privaten Akteure über andere Informationsbeschaffungsressourcen und -kanäle verfügten als der Staat. Dies gelte insbesondere bei transnationalen Monitoring-Bemühungen, denn hier

würden Staaten recht schnell auf hoheitsrechtliche Probleme stoßen, die sich in dieser Form für private Akteure nicht stellten. Schließlich seien inklusive Organisationsstrukturen durch die erhöhte Partizipation unterschiedlichster Akteursgruppen am Entscheidungsfindungsprozess in der Lage, die Normadressaten zur Einhaltung der Regeln zu motivieren. Gemeinschaftlich ersonnene Regelungen könnten auf eine größere Bereitschaft zur Befolgung setzen, als dies bei einer weitestgehend fremdbestimmten Entscheidungsfindung der Fall sein dürfte. Damit wies Rittberger nach, dass sich erhöhte Input- und Output- Legitimität gegenseitig positiv beeinflussen.

Im letzten Teil seines Vortrages widmete sich der Redner der Frage, inwieweit inklusive Organisationsformen des Weltregierens zu einer Verstärkung des gewünschten Effekts einer gewaltfreien Problemlösung auf globaler Ebene beitragen können bzw. bereits beigetragen haben. Mit dem Terminus „heterarchische Weltordnung“ bezeichnete er ein drittes Ordnungsprinzip zwischen Anarchie und Hierarchie. Heterarchie meint dabei „die Existenz eines dichter werdenden Netzes von Institutionen des Weltregierens, die von öffentlichen und privaten Akteuren zur kollektiven regelgeleiteten Bearbeitung“ von transnationalen Problemen initiiert werden. Die Herangehensweise an die Problemidentifikation, die Problemlösung oder Lösungsumsetzung sei dabei wesentlich flexibler als in einer hierarchischen Struktur. Sie werde einzig und allein von den Notwendigkeiten bestimmt. Idealerweise werden die Probleme von den Akteuren geleitet, die am ehesten zur Lösung in der Lage sind. Bei gleichzeitig formaler Unabhängigkeit der Akteure sei doch eine sich vertiefende rein tatsächliche Abhängigkeit zur Problemlösung zu unterstellen. Hierdurch werde einerseits die Errichtung institutionalisierter Formen der Kooperation zwischen privaten und staatlichen Akteuren angeregt, als auch die Erkenntnis gefestigt, dass zur Lösung transsouveräner Probleme eine „regelbasierte multipartistische Politikkoordination und -kooperation“ notwendig sei.

Diese neue, alternative Weltordnung sei mit dafür verantwortlich, dass sich die Zahl der gewalttätig ausgetragenen Konflikte seit dem Ende des zweiten Weltkrieges verringert habe. Zwischenstaatliche Kriege machten nur noch 2 % aller Konflikte aus, und auch die Anzahl innerstaatlicher Kriege sei seit den 90er Jahren rückläufig. Der Beitrag der heterarchischen Weltordnung zu diesem Befund liege insbesondere in dem höheren Grad der Abhängigkeit und Institutionalisierung der Akteure, aber auch in der Herausbildung effektiverer Problemlösungsstrategien, wie sie inklusive Organisationsformen anbieten könnten.

Durch die Erkenntnis der Akteure, voneinander abhängig zu sein, werde eine Art „checks and balances“ erzeugt, die dazu führe, dass sich private und staatliche Akteure gegenseitig kontrollieren. Insbesondere die Einbindung privater Akteure, von denen häufig ein Gewaltpotential ausgehe, in den Rahmen inklusiver Institutionen könne und habe dementsprechend dazu geführt, dass sich gewalttätige Konflikte verringern. Darüberhinaus reife bei den Akteuren die Erkenntnis, dass die Einbindung potenziell gewalttätiger Akteure dazu führe, dass Probleme frühzeitig erkannt werden. Die Beteiligung der „Problemproduzenten“ am Lösungsfindungsprozess führe zu größerer Akzeptanz des gefundenen Ergebnisses und damit zu einer effektiveren und besser legitimierten Problemlösung und schließlich zu einer potenziell friedlicheren Koexistenz der Parteien. Inklusive Institutionen seien tragender Teil dieser heterarchischen Weltordnung und hätten damit sowohl direkt als auch indirekt einen positiven Einfluss auf den Trend zur Gewaltvermeidung und -minderung.

2.2 Die Diskussion in den Arbeitsgruppen zum AFK-Publikationsvorhaben „Stand der Forschung in der Friedens- und Konfliktforschung“

In fünf Panels organisiert, wurden ausgewählte Arbeiten aus der vom AFK-Vorstandes angeregten Bestandsaufnahme der in 40 Jahren zusammengetragenen Wissensbestände der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt und hinterfragt.

Panel 1: Kriegsursachen

Das von Prof. Dr. Sven Chojnacki (Berlin) moderierte Panel eröffnete Prof. Dr. Klaus Schlichte (Magdeburg) mit einem Überblick über die Erkenntnisse der „Kriegsursachenforschung“. Er leitete seinen Vortrag mit der Feststellung ein, dass es bis heute keine wissenschaftliche Einigkeit über die Ursachen des Krieges gebe. Die zum Teil stark divergierenden Ansichten zu diesem Themenkomplex führte er nicht zuletzt darauf zurück, dass immer wieder die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen Deutungshoheit über die Kriegsursachenforschung beansprucht hätten, aber es letztlich keiner wissenschaftlichen Fraktion gelungen sei, diese auch durchzusetzen. Zudem sei die Entwicklung einer einheitlichen Ursachen-Theorie dadurch erheblich erschwert, dass die Wissenschaftskulturen in den einzelnen Ländern zum Teil stark divergierende An-

sätze verfolgten. So sei in den USA ein eher quantitativer Forschungsansatz vorherrschend, in Deutschland seien sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze zu beobachten, während man beispielsweise in Frankreich eher Quellenexegese und die Einordnung in geschichtliche Zusammenhänge bevorzuge.

Zunächst stellte Schlichte die in deutschen Forschungszentren gewonnenen, weitgehend makroquantitativen Erkenntnisse zur Kriegsursachenforschung vor:

- Die Zahl der jährlich geführten Kriege hat bis zum Beginn der 1990er Jahre zugenommen, danach ist sie auf ein deutlich niedrigeres Niveau abgesunken.
- Diese Kriege sind weit überwiegend innerstaatliche Kriege, die Zahl zwischenstaatlicher Kriege ist chronisch rückläufig.
- Mehr als neunzig Prozent der Kriege finden in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen und Mittleren Osten statt.
- Innerstaatliche Kriege dauern durchschnittlich wesentlich länger als zwischenstaatliche, sie sind offenbar nicht leicht politischen Lösungen zuzuführen.

Rein inhaltlich betrachtet, handele es sich bei den Erkenntnissen der deutschen Forschungszentren jedoch nur um „Kriegsvorkommensforschung“ und eine vereinfachende Typologisierung. Bei der AKUF versuche man daher, die oben dargestellten Ergebnisse auch in einen theoretischen Erklärungsrahmen einzubinden und auf diese Weise „makro-quantitative Beobachtungen mit systematischen Fallvergleichen und sozialtheoretischen Debatten“ zusammenzuführen. Dabei werde letztlich auf die Dysfunktionalität kriegerischer Gewalt innerhalb der jeweiligen Phasen der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse abgestellt. Kapitalismus habe eben sowohl zivilisatorische Elemente als auch, insbesondere bei seiner Durchsetzung, gewaltbereite Phasen zu durchlaufen gehabt.

Diesem einführenden Teil in die deutsche Kriegsursachenforschung ließ Schlichte eine vertiefende Betrachtung der Entwicklungslinien der sozialwissenschaftlichen Erforschung der Kriegsursachen anhand der Frage nach einem „Formenwandel des Krieges“ folgen. Er machte hier drei Deutungsphasen aus.

Die erste Phase sei bestimmt gewesen von der Frage nach der Rolle der Ethnizität als Kriegsursache. Ihren Höhepunkt habe diese Phase in Huntingtons These vom „clash of civilisations“ gefunden. Hiervon sei eine zweite Deutungsphase zu unterscheiden, in der

auf die innerstaatlichen Dynamiken und Vernetzungen von Kriegen abgestellt worden sei und dabei insbesondere das ökonomische Paradigma hervorgehoben wurde. Kernelemente dieser Deutungen seien dabei das Begriffspaar „greed“ (Gier) und „grievance“ (Leid) gewesen. Die dritte Phase habe dann die These eingeleitet, dass es sich bei den Kriegen nach 1990 um einen neuen, noch nicht erforschten Typus kriegerischer Gewalt handelt. Die neuen Kriege seien durch Entpolitisierung und Privatisierung der Gewalt gekennzeichnet. Festzuhalten ist aber mit Schlichte, dass auch dieser Interpretationsansatz einen empirischen Beleg schuldig geblieben ist.

Im letzten Teil des Vortrages strich Schlichte die Möglichkeiten, aber auch die Notwendigkeit eines interdisziplinären Diskurses heraus. Eine wesentliche Forschungslücke habe er in der bisher stark vernachlässigten Frage ausgemacht: Was passiert eigentlich im Krieg? Damit meinte Schlichte all „jene Prozesse und Brüche“ innerhalb der Gesellschaft, die mit einem Krieg einhergingen. Gerade diese Frage sei aber eminent wichtig, damit in Nachkriegsgesellschaften die richtigen Wege beschritten würden, um die Neuaufgabe der Gewalt zu vermeiden. Wollten die Sozialwissenschaften also auch politisch relevante Aussagen treffen, dann dürfe diese Frage nicht übergangen werden. Die Sozialwissenschaften stünden aber gerade mit den historischen Analysen des Formenwandels der Gewalt sozusagen auf Kriegsfuß. Ähnliches gelte für die Veränderungen in der Struktur der internationalen Systeme, für die institutionalisierende bzw. systemformende Wirkung von Kriegen und für die identitätsstiftende Wirkung von Krieg und Gewalt. Auch hier seien Analysen anderer Wissenschaftsdisziplinen nur am Rande des Wahrnehmungshorizonts der sozialwissenschaftlichen Forschung erkennbar.

Zusammenfassend hält Schlichte die aktuelle Kriegsforschung für kumulativ. Das Ziel einer großen Theorie erfülle sie nicht. Daran habe die Wissenschaft nicht zuletzt selbst großen Anteil, da sie in ihrem Wettbewerb um Gelder, Stellen oder Anerkennung nicht genügend auf ihre Autonomie poche.

Prof. Dr. Thomas Diez (Birmingham) unterstrich in seinem Kommentar die Stichhaltigkeit der Argumentation Schlichtes bezüglich der fehlenden Kommunikation zwischen den Disziplinen. Wenn er auch das Einfordern einer Großtheorie zur Synthese im Gegensatz zu den Theorien mittlerer Reichweite als interessant einstufte, so formulierte er doch die Besorgnis, dass eine umfassende These zur Kriegsursachenforschung zu einer Simplifizierung oder zur Unübersichtlichkeit führen könnte.

In Abgrenzung zu Schlichte formulierte er sodann eine kontradiktische Frage: Ist die Suche nach Kriegsursachen nicht eine Fata Morgana? Die Frage begründend, stellte er auf den Befund ab, dass jeweils eine Vielzahl von Einzelursachen verantwortlich für die Entstehung eines Krieges ist. Zugespitzt formulierte er seine These wie folgt: Es gibt keine Kriegsursache, es gibt nur Menschen, die den Krieg beginnen und die Ursachen in unterschiedlicher Weise als Legitimation anführen. Für Diez war entscheidend, dass ein Diskurs über die „Versicherheitlichung“ geführt wird. Dieses Konzept besagt, dass eine bestimmte Sachlage oder ein Personenkreis als existenzielle Bedrohung für die Interessen einer Referenzgruppe dargestellt wird. Diese Bedrohungslage diene als Legitimierung für den Einsatz von „außerordentlichen“, das heißt, im Normalfall nicht vorgesehenen Mitteln, namentlich dem Krieg. Eine solche Debatte ließe sich auch in anderen Bereichen fruchtbar nutzen. Insbesondere lenke sie das Augenmerk auch auf die gesellschaftliche Dimension, die Schlichte in seinem Vortrag einfordere, also etwa auch für institutionalisierende bzw. systemformende Wirkung von Kriegen und für die identitätsstiftende Wirkung von Krieg und Gewalt.

Panel 2: Friedensstrategien und Zivile Konfliktbearbeitung

Prof. Dr. Christoph Weller (Marburg) setzte sich mit dem Verständnis von „Friedensstrategien“ in den vergangenen 40 Jahren deutscher Friedens- und Konfliktforschung auseinander und zeigte die Verbindungslinien zu der deutlich jüngeren Diskussion um die Zivile Konfliktbearbeitung auf. Er stellte fest, dass der Begriff ursprünglich als „Prozessmuster“ und Vision eines internationalen Systems verstanden wurde, das durch abnehmende Gewalt und zunehmende Verteilungsgerechtigkeit gekennzeichnet gewesen sei. Weiterhin befand er, dass der Begriff der Friedensstrategie in der aktuellen Politik wie auch in der Friedens- und Konfliktforschung immer mehr verblasse und durch den Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung ersetzt wurde. Über beide Begriffe finde aber keine theoretische und konzeptionelle Diskussion statt, und es gebe hierzu auch keine kollektiven Wissensbestände in der deutschen Friedensforschung.

Prof. Dr. Laurent Goetschel (Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung „swisspeace“) teilte in seinem Kommentar Wellers These, der Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung habe den der Friedensstrategien ersetzt, nicht. Es habe sich vielmehr um den Versuch gehandelt, Friedensstrategien zu konkretisieren und konkret anwendbar zu machen. Letztlich kam aber auch er zu dem Schluss, dass das Nachden-

ken über „Strategien“ des Friedens nach und nach eingestellt worden ist und dass eine Bürokratisierung ziviler Friedensstrategien erfolgt sei. Im Zuge der neuen Diskussion um „guidelines“, „best practices“ und Vermeidung negativer Effekte und die Möglichkeiten und Grenzen der Einmischung in Konfliktregionen habe zwar eine Reflexion über praktische Friedensarbeit stattgefunden, aber es sei gleichzeitig zu einem Verlust des strategischen Denkens gekommen. Zudem berge der Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung die Gefahr der Instrumentalisierung.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass dieser Begriff auch deshalb die „Friedensstrategien“ erfolgreich ersetzen konnte, weil er leichter in den Sicherheitsdiskurs einzuordnen sei: Zumindest im politischen Diskurs bestehe die Gefahr, dass Zivile Konfliktbearbeitung zum Anhängsel der militärischen Krisenintervention werde. Auch sei der Begriff keineswegs klar umrissen. Man könne ihn politisch definieren im Sinne des Vorrangs der Anwendung ziviler Mittel vor dem Einsatz militärischer Mittel im Umgang mit Gewaltkonflikten. Man könne ihn aber auch sehr viel umfassender im Sinne der „Zivilisierung“ von internationalen Beziehungen verstehen, was die Bedeutung von Rechtssicherheit und Gerechtigkeit, von Demokratie und Partizipation hervorhebe und eine mehrdimensionale, auf unterschiedliche Akteursebenen gerichtete Sichtweise voraussetze. Der Begriff wurde hierzulande Ende der 90er Jahre populär, seitdem international, u.a. durch die Vereinten Nationen, die Forderung nach Maßnahmen der Prävention von Gewaltkonflikten und der Friedensförderung stärker vorangetrieben wurde (etwa durch die „Agenda for Peace“ des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros Ghali). Eine Rolle spielte auch, dass sich die rot-grüne Regierungskoalition explizit zum Aufbau einer Infrastruktur ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung verpflichtete und Parlamentarier und NGOs auf die Ausarbeitung eines „Aktionsplans für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ drängten.

Panel 3: Gender, Krieg und Frieden

Dr. Simone Wisotzki (TU-Darmstadt und Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) referierte zunächst den Wissensbestand unter der Leitlinie „Geschlechterperspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung seit Beginn der achtziger Jahre“ und arbeitete die zwei wesentlichen Denkschulen der feministischen Wissenschaft und ihre Wirkungen auf die Friedens- und Konfliktforschung heraus. Zunächst habe der radikale oder kritische Feminismus sich im Wesentlichen auf die feministische Dekon-

struktion zentraler Untersuchungsgegenstände der Friedens- und Konfliktforschung konzentriert und dabei die Nähe der kritischen Friedensforschung gesucht. Erst als sich Anfang der neunziger Jahre mit der Geschlechterperspektive ein stärker analytisch ausgerichteter Ansatz durchzusetzen begann, der sich auf die soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit und ihre Folgen für Konflikt, Krieg und Frieden konzentriert habe, sei ein Perspektivenwechsel eingetreten, der mit einer vermehrt empirisch ausgerichteten Forschungspraxis den Fokus vorrangig auf Konfliktursachen und Friedensstrategien gelegt habe. Dieser Ansatz habe also weniger auf die Kritik zentraler Wissensbestände abgehoben als vielmehr die „agency“-Rolle der Akteurinnen und ihre Handlungsspielräume in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses gestellt. Gleichwohl habe sich der Dialog zwischen beiden Denkrichtungen schwierig gestaltet. Der Dialog zwischen beiden Denkrichtungen sei schwierig gewesen.

Trotz vieler Debatten um patriarchal geprägte Strukturen oder Begriffe in der Friedens- und Konfliktforschung, so Wisotzki, friste die deutschsprachige feministische Forschung innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung bis heute ein Randdasein, nicht vergleichbar mit der Bedeutung, die Gender-Fragen im angelsächsischen Wissenschaftsraum hätten. Die dort längst zu beobachtende Hinwendung zu funktionalen, operativen Themen, wie etwa der Rolle des „Gender Mainstreaming“ in Friedensmissionen der Vereinten Nationen, wiesen darauf hin, dass Erkenntnisse aus der feministischen Wissenschaft sehr viel stärker als Handlungsanleitungen für Friedensprozesse herangezogen würden. Wisotzki empfahl der deutschen Gender-Forschung, etwa die Rolle von Gender-Dynamiken im Vorfeld von Konflikten oder die Rolle von Geschlechterkonstruktionen in Nachkriegssituationen mittels vergleichender Fallstudien systematischer zu betrachten, um damit zu gesicherten Forschungsergebnissen zu gelangen und auf diese Weise selbstbewusster und kritisch mit dem Mainstream in der Friedens- und Konfliktforschung umgehen zu können.

Dr. Petra Purkarthofer (Universität Wien) knüpfte in ihrem Kommentar an der von Wisotzki vorgenommenen Differenzierung zwischen der kritischen feministischen Friedensforschung der achtziger Jahre und der zunehmend empirisch und mehr integrativ ausgerichteten Gender-Forschung in der Friedens- und Konfliktforschung in den neunziger Jahren an. Als feministische Politologin mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen stellte Purkarthofer eine merkliche „Verspätung“ und inhaltliche Resistenz der politischen Wissenschaft fest, sich auf feministische Fragestellungen und Kritik ein-

lassen zu können oder zu wollen. Diese liege wohl auch daran, dass sie sich besonders mit dem Bereich der männlich dominierten öffentlichen Machteliten, dem Staat und seinen Institutionen, auseinandersetze. Feministische Ansätze hätten im deutschsprachigen Raum daher zunächst „Unterschluß“ in anderen Disziplinen, wie etwa der Soziologie gefunden.

Nach einem Über- und Einblick in die entsprechende Entwicklung in Österreich kam Purkarthofer zu dem Resultat, dass teilweise bahnbrechende Beiträge zum Zusammenhang von Militär und Geschlecht nicht primär in der Friedens- und Konfliktforschung erbracht wurden, sondern gerade auch in Disziplinen, deren Vorreiterinnen sich nicht zwingend zur Friedensforschungs-Community zählen. Bezüglich des Themenwandels von einer in den achtziger Jahren vorherrschenden positiven Bewertung eines „weiblichen Politikverständnisses“ bis zur Entwicklung der ausdifferenzierenden Genderforschung mit ihrer Kritik an den bestehenden Geschlechterstereotypen entwickelte sich, so Purkarthofer, im Verlauf der neunziger Jahre die Erkenntnis, dass Geschlechterhierarchien mit anderen sozialen Hierarchien, Unterdrückungen und Marginalisierungen eng verknüpft seien und sich wechselseitig reproduzierten.

Die Kommentatorin gab außerdem einige Anregungen für den Beitrag von Wisotzki für den State of the Art-Band, wobei sie empfahl, mehr Tiefenschärfe bei der Definition der Begriffe aufzuwenden und die „blinden Flecken“, die die feministische Friedens- und Konfliktforschung aufgedeckt habe, konkret zu benennen sowie neben der Bestandsaufnahme zukunftsweisende Fragestellungen auszuformulieren. In der von Dr. Regine Mehl geleiteten Diskussion wurde festgehalten, dass ein eigenes AFK-Panel zu Gender-Fragen in der Friedens- und Konfliktforschung das Thema zunehmend marginalisiert, anstatt es im „Mainstream“ zu platzieren.

Panel 4: Religion, Gewalt und Frieden

In das Panel einfürend legte Prof. Dr. Andreas Hasenclever (Universität Tübingen) das komplexe Beziehungsgefüge dieser drei Aspekte dar und betonte, dass es weder per se „unfriedliche“ noch „friedliche“ Religionen gebe, diese aber ebenso wenig als solche schon gewalttätig oder gewalthaltig seien. Zwar spiele Religion bei vielen Gewaltkonflikten eine Rolle, aber die Wirkung von Religionen auf Konflikte sei durchaus ambivalent. Um die Frage zu beantworten, wie und weshalb Religionen welchen Einfluss aus-

übten, müsse man die Eliten in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext bewerten und ihre Mobilisierungsstrategien berücksichtigen. Schauen man sich jedoch diesbezügliche wissenschaftliche Begründungen an, dann kommen diese – für alle großen Weltreligionen – durchaus zu unterschiedlichen Einschätzungen.

In seinem Kommentar versuchte Prof. Dr. Richard Friedli (Universität Fribourg/CH) die Ergebnisse zu systematisieren, indem er die unterschiedlichen Aspekte und Dimensionen von Religionen auseinanderdividierte und dann unterschiedliche Anknüpfungspunkte für friedliches oder gewalttätiges Handeln fand. Er wies zudem auf die gruppenbildenden Funktionen von Religionen hin, betonte die Rolle des kollektiven Gedächtnisses in religiös gefärbten Konflikten und verwies auf die Bedeutung des Opfers, das zunehmend wieder einen prominenten Status erhalte, mit dem selbst Politik gemacht werden könne.

Beide Autoren plädierten am Ende der von PD Dr. Peter Imbusch (Universität Marburg) geleiteten Diskussion dafür, genau hinzusehen, wenn Religion im Kontext von Konflikten und Gewalt auftauche, um feststellen zu können, ob es sich um einen genuin religiösen Konflikt handele, ob die Religion instrumentalisiert werde oder ob die Religion lediglich einen Aspekt am Rande des Konflikts darstelle.

Panel 5: Entwicklung und Frieden

Das von Dr. Heidrun Zinecker (Universität Leipzig), und Dr. Josefina Echavarría (Universität Innsbruck) eingeleitete Panel stand nicht unter dem Anspruch, den Stand der entwicklungstheoretischen und friedenspolitischen Debatte in der Friedens- und Konfliktforschung wiederzugeben. Vielmehr wurden in der Diskussion, moderiert von Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, die Anstrengungen einer integralen Theoretisierung der Beziehung zwischen Entwicklung, Gewalt und gewaltfreier Konfliktregelung (Demokratie) umrissen.

Als zentrale Punkte und zugleich theoretische Herausforderungen wurden Governance-Fragen (failed states) und die Auseinandersetzung mit den “Neuen Kriegen“ herausgearbeitet. Während die entwicklungstheoretischen Anstrengungen der Governance-Fragen eher krisentheoretisch angelegt seien und als Theorie mittlerer Reichweite gegenüber den spezifischen Fragestellungen wie Urbanisierung und Gewalt

nachrangig seien, blieben bei der Auseinandersetzung mit den “Neuen Kriegen“ wesentliche Aspekte von Gewalt offen. In diesem Zusammenhang wurden unterschiedliche, bisher vernachlässigte Fragen aufgeworfen, die zu beantworten seien, wolle man ein tiefer gehendes, theoretisches Verständnis der Beziehungen zwischen Entwicklung, Gewalt und gewaltfreier Konfliktregelung aufbauen.

Herausgearbeitet wurden insbesondere folgende Fragestellungen:

- Gibt es, v.a. in Lateinamerika, ein historisches Kontinuum von innergesellschaftlicher Gewalt, das weder im Kontext von “Neuen Kriegen“ noch von Globalisierung plausibel gedeutet werden kann?
- Kommt Gewalt wirklich der Status eines Regulativs in der globalisierten Schattenökonomie zu?
- Ist ‚anomische Gewalt‘ mehr als eine Residualkategorie, die (noch) nicht Verstandenes beinhaltet?
- Wenn, ungeachtet ihres beträchtlichen Erklärungswertes, rentenbasierte Ansätze keine hinreichende Verknüpfung von ökonomischen Strukturen und politischem Prozess leisten, wie kann die Dynamik von Gewaltakteuren analytisch eingebracht werden?
- Welcher Erklärungswert und welche Funktion kommt heute den ‚großen Erzählungen‘ von Modernisierungstheorie und post-strukturalistischer und post-kolonialer Theorie zu? Wie gehen beide und wie geht zukunftsweisende Theoriebildung mit Normativität um?

2.3 Workshops „Der Friede muss gestiftet werden ...“ Leipzig 1989 – 2008: Friedenspraxis damals und heute

Waren die Panels der eigenen Weiterarbeit an dem Vorhaben der Erarbeitung und Herausgabe eines Werkes zum State of the Art der Friedens- und Konfliktforschung im deutschsprachigen Raum gewidmet, so zielten die Workshops auf eine vertiefende Wahrnehmung der in der Friedensforschung in Deutschland noch weithin übergangenen Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand und der mit ihm verbundenen politischen Wirkung. Hierzu suchten die Workshops nicht zuletzt den örtlichen Bezug zu herausragenden Orten in Leipzig.

Workshop 1: Teilung – Diktatur – Widerstand - Einheit

Die von Dr. Anne Martin und Dr. Will geleitete Führung durch die Dauerausstellung „Teilung – Diktatur – Widerstand – Einheit“ im zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und die sich anschließende, von Vera Städing moderierte, Diskussion befasste sich mit den Widerstandsbewegungen während der DDR-Diktatur. Als historische Orientierungspunkte des Workshops dienten die Teilung Deutschlands, gekennzeichnet durch die Gründung der DDR 1949, und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/1990. Frau Dr. Will betonte, dass sich die Ausstellung bewusst wertend mit der DDR auseinandersetzt und diese als Diktatur darstellt.

Erste Fragen galten der Formierung einer Widerstandsbewegung in einem diktatorischen Staat, der Motivation der individuellen WiderstandskämpferInnen und den Faktoren, die der Widerstandsbewegung eine solche Kraft gaben, dass sie sich gesellschaftlich verankern und nicht durch das Regime zerschlagen werden konnte.

Im Laufe der Diskussion wurden erste Erkenntnisse formuliert: Zum einen formierten sich Widerstandsbewegungen zu allererst aus Interessengruppen heraus. So fanden sich in der Friedensbewegung von 1989/1990 Umwelt-, Friedens- und Bürgerrechtsgruppen wieder. Zum anderen gab es in der DDR seit ihrer Gründung immer wieder Widerstandsbewegungen. Anfänglich schlossen sich lose Studierendenverbände, später Interessengruppen und schließlich eine wirksame Friedensbewegung zusammen. Kennzeichen einer erfolgreichen Widerstandsbewegung seien die Unterstützung des Auslandes, sei sie politisch, monetär oder moralisch, eine breite Medienwirksamkeit sowie die starke Bindung von AnhängerInnen unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten an die politischen Ziele. Nicht zuletzt zeichneten sich Diktaturen in einem Wechselspiel von Unterdrückungs- und Verführungsmechanismen aus. Einerseits lebe ein diktatorisches Regime von der Unterdrückung seiner BürgerInnen, andererseits würden Wohlstand, Anerkennung und Bildungsmöglichkeiten versprochen, sofern das Regime und dessen Ziele tatkräftig unterstützt werden.

Diese Feststellungen riefen neue Fragestellungen hervor: Sind Widerstandslücken einem diktatorischem Regime immanent? Können solche Lücken gegebenenfalls emanzipatorisch genutzt werden? Warum konnte sich der studentisch motivierte Widerstand

der Gründerjahre der DDR nicht etablieren? Welche nationalen und internationalen Faktoren haben zur Durchschlagskraft der 1989/1990-Widerstandsbewegung beigetragen?

Workshop 2: Wurzeln und Entwicklung von Friedensarbeit in der DDR, Rolle und Verantwortung der Kirche

Im Gespräch mit Superintendent i.R. Friedrich Magirius in der Nikolaischule gegenüber der Nikolaikirche, dem Treff- und Ausgangspunkt der friedlichen Revolution in der DDR, wurden die Entwicklung der Friedensarbeit in der DDR und deren biographische Stationen nachgezeichnet. Magirius berichtete anhand zuvor bei den Anwesenden eingeholter Fragen und Interessensschwerpunkte. Die aufgeworfenen Fragen lauteten: Welche Ursachen und Faktoren lagen den 1989er Ereignissen zugrunde? Welche Rolle hat die Friedensforschung für die kirchliche Friedensarbeit in der DDR gespielt? Sind die Ideen über einen gewaltfreien Aufstand in der DDR dort vermittelt worden und, wenn ja, wie? Wie hat sich die Vorstellung vom massenhaften Protest entwickelt? Welche Kontakte gab es zur Gegenseite und wie sahen diese aus? Welche tatsächliche Bedeutung hatte die Religion für die Friedensarbeit? Kann Friedensarbeit auch in Zukunft wieder ein zentrales Betätigungsfeld der Kirche werden?

Magirius wies insbesondere darauf hin, welche ausschlaggebende Rolle die Kontakte nach Polen gespielt hätten. Orte für Andersdenkende hätten sich zunächst unter den sog. Bausoldaten entwickelt. Im Kontext der Friedensgebete und der Friedensgottesdienste, die 1980/81 begannen, entstand im Inneren der Kirchen ein Freiraum, in den Partei und Regierung ganz bewusst nicht eingegriffen hätten. Andererseits seien im Gegenzug die in der Kirche Verantwortlichen in die Pflicht genommen worden. Die Betroffenen mussten in den kommenden Jahren oftmals schwierige Gratwanderungen überstehen. Die Dynamik der Protestbewegung habe sich über einen langen Zeitraum entwickelt, indem verschiedenste Gruppierungen, wie z.B. Bausoldaten, Umweltgruppen und die Dritte Welt-Bewegung unter dem Dach der Kirche Unterschlupf fanden. Nach den KSZE-Vereinbarungen schlossen sich auch immer mehr neu entstandene Menschenrechtsgruppen und Friedensbewegungsgruppen hier zusammen. Die beiden letztgenannten Gruppierungen hätten sich von den vorher angeführten Gruppen insbesondere dadurch unterschieden, dass sie ganz konkrete Forderungen gestellt hätten und mit Friedensgruppen im Westen vernetzt waren. Gegenüber den staatlichen Stellen habe deshalb

immer wieder begründet werden müssen, worin der religiöse Gehalt ihrer Betätigung lag, um die Freiräume auch weiterhin schützen zu können. Nach 1988 hätten dann insbesondere die Ausreisewilligen neue Impulse eingebracht, da sie die Kirchen als sicheren Treffpunkt betrachteten und so die Gesamtdynamik beeinflusst hätten.

Als im Sommer 1989 die Staatsmacht eine härtere Gangart eingeschlagen habe, seien die Kirchenvertreter wieder als verantwortliche Mittler gefragt gewesen. Gerade in dieser Phase eroberten sich viele neue Gruppen auch den politischen Raum. Die Kirche blieb weiterhin beliebter Ausgangs- und Treffpunkt für Veranstaltungen aller Art. Der 9. Oktober wurde schließlich zum Kulminationspunkt, indem durch informelle Kontakte zur Gegenseite bekannt wurde, dass an diesem Tag „dem Spuk ein Ende bereitet werden sollte“. Gleichwohl wurde durch ein öffentliches Lautsprechersystem ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit verbreitet – „Ich sollte das einmal in der Stunde machen und habe es alle zehn Minuten verlesen“, sagte der Sprecher später. Als sich dann am 9.10. immer mehr Menschen eingefunden hatten und sich zum Gang um den „Ring“ aufmachten, hätten die Ordnungs- und Sicherheitskräfte Zurückhaltung bewahrt. Es sei allerdings im Vorfeld nicht erkenntlich gewesen, ob es zu gewalttätigen Aktionen von Staatsseite kommen würde oder nicht. Wahrscheinlich seien es schlicht zu viele Protestierende gewesen, als dass der Staat noch die Möglichkeit sah, einzugreifen.

Die Workshopteilnehmer, die den Phänomenen der Massenproteste und der kollektiven Gewaltlosigkeit und den Entwicklungsgesetzen der gesellschaftlichen Dynamik auf die Spur kommen wollten, zogen dann folgende Resümees:

- Es waren kleine Anfänge und ein sehr langsamer Aufbau; dieser war nicht zielstrebig vorbereitet; „eins kam zum anderen“; zum Schluss war ein ganzes Netzwerk vorhanden.
- Es braucht eine Kerngruppe/Kerngruppen von Akteuren, die ein Thema gegen alle Widerstände verfolgen; diese müssen moralisch und tatsächlich unterstützt werden; statt einer linearen Entwicklung scheint es Wellenbewegungen des Widerstands mit „tiefen und langen Tälern“ zu geben; Kerngruppen sind unabdingbar, um diese Täler zu durchschreiten.
- Dieses Bild von gesellschaftlichen Dynamiken als nicht gesteuertem Prozess scheint übertragbar zu sein auf andere gesellschaftliche Kontexte und aktuelle Bezüge.

Workshop 3: Auf den Spuren der friedlichen Revolution – Zeitgeschichte an Originalorten. Stadtrundgang zu den Brennpunkten des Jahres 1989

Irmtraut Hollitzer, Bürgerkomitee Leipzig e.V. und selbst an den Geschehnissen Beteiligte, geleitete die Teilnehmenden des Workshops durch die Innenstadt Leipzigs, berichtete von eigenen Erfahrungen, vermittelte die damaligen Befindlichkeiten und informierte über heutiges Wissen zu den Hintergründen des Verhaltens der damaligen Machthabenden. In diesem Zusammenspiel von Authentizität, Offenheit und Kenntnisreichtum entwickelte sich zwischen der Referentin und den Teilnehmenden ein angeregter Dialog.

Hollitzers Bericht machte deutlich, dass die „friedliche Revolution“ kein Ereignis, sondern ein Prozess war. Die Widerstandsbereitschaft entwickelte sich aus verschiedenen Motiven, wurde aber vor allem von der harschen und repressiven Reaktion des Staates auf zunächst nicht genuin staatsfeindlich gedachte Aktivitäten zugunsten von Umweltschutz oder sozialer Fürsorge für Ausreisewillige geschürt. Sehr transparent und nachvollziehbar schilderte Hollitzer die Methoden der Angsterzeugung durch die Stasi und die Formen der Angstbewältigung auf Seiten der Demonstranten.

Bei der abschließenden Reflexion im ehemaligen Veranstaltungssaal der Stasi in der Gedenkstätte „Museum in der Runden Ecke“ stand die Frage nach den Gründen für den gewaltfreien Verlauf des Aufstands im Vordergrund. Aus Forschungen wurde berichtet, dass in der politischen Führung der DDR der dezidierte Wille bestand, es nicht zu einer Wiederholung der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 kommen zu lassen: Soldaten sollten nicht auf Arbeiter schießen. Hätten den Aufstand, so die Aussage, nur die „Kleinbürger“ und ein paar Intellektuelle getragen, wäre der Einsatz von Gewalt akzeptiert worden. Die Teilnehmenden überlegten, warum es keine agents provocateurs gab, bzw. ob es gelungen war, diese zu isolieren. In den westdeutschen Protestbewegungen war nach und nach ein Handlungswissen darüber entstanden, wie Eskalationen bei öffentlichen Aktionen gestoppt werden können, und dieses Wissen stand offenkundig auch der Bürgerbewegung der DDR zur Verfügung. Einig aber waren sich die Teilnehmenden mit Hollitzer, dass die Führungsspitze der DDR tief verunsichert und kein monolithischer Block (mehr) war und deshalb die überkommene Über-

zeugung, dass der Sozialismus mit allen Gewaltmitteln geschützt werden müsse, nicht mehr konsensfähig war.

Zum Schluss wurde eine Kontroverse darüber geführt, ob sich die Geschehnisse und Verläufe mit sozialwissenschaftlichen Methoden vollständig nachzeichnen und erklären lassen. Hollitzer bestand darauf, dass die friedliche Revolution, das Zusammenwirken von paralysierter Entscheidungsschwäche der Führungsspitze und massenhafter Angstüberwindung auf Seiten der Demonstranten auch einen Rest an Unerklärbarem, an Wunder beinhalte.

Workshop 4: Stasi – Macht und Banalität. Zeitgeschichte an Originalorten

Tobias Hollitzer, Bürgerkomitee Leipzig e.V., führte durch die Gedenkstätte „Museum in der Runden Ecke“ – und damit durch jene Dienststelle der Staatssicherheit der DDR in Leipzig, die am 4.12.1989 Leipziger BürgerInnen mit friedlichen Mitteln besetzen und so die Aktenvernichtung stoppten, die seit dem 9. Oktober 1989 im vollen Gange war.

In dem mittlerweile 18-jährigen Museum „Runde Ecke“ konnten die TeilnehmerInnen durch die ausführlichen und informativen Ausführungen Hollitzers einen Einblick in die ideologischen Wurzeln der Stasi, den inneren Aufbau des Ministeriums sowie die Tätigkeiten der hauptamtlichen und inoffiziellen MitarbeiterInnen der Stasi gewinnen. Im nachfolgenden Gespräch stand die Frage nach den Bedingungen für den Gewaltverzicht der 70.000 Demonstrierenden gegenüber 8.000 Sicherheitskräften am 7. Oktober 1989 und zwei Monate später mit weitaus mehr Menschen bei der Besetzung der Dienststelle im Vordergrund. Hollitzer erläuterte ausführlich die Wendestimmung in der Bevölkerung, die zunehmende Verunsicherung im Regierungsapparat und die schiere Masse der demonstrierenden Menschen, die zum Erfolg der friedlichen Revolution beigetragen habe. Einen ausschlaggebenden Grund für den Gewaltverzicht auf beiden Seiten konnte aber auch Hollitzer letztendlich nicht präsentieren.

Workshop 5: Wurzeln und Perspektiven für die Friedensforschung in den neuen Bundesländern

Dr. Thomas Kater, Universität Leipzig, Institut für Philosophie, berichtete eingangs des Workshops über die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in der DDR, im

Übergangsprozess der Vereinigung und sodann in den neuen Bundesländern. Lange Jahre habe in der DDR als Katechismus gegolten, dass Sozialismus gleich Frieden sei und der Aufbau des Sozialismus am besten und effektivsten zum Frieden in der Welt beitrage. Kater, dessen Beitrag nur durch wenige vorhandene Archivdaten gestützt werden konnte, sprach davon, dass sich eine eigenständige Friedens- und Konfliktforschung erst gegen Ende der DDR in den 1980 Jahren herausbilden konnte. Diese hatte autochthone Wurzeln. Zwar sei die Friedens- und Konfliktforschung eng mit dem Marxismus-Leninismus-Denken dieser Zeit verknüpft gewesen. Sie sei aber dennoch nicht in ihr aufgegangen, sondern habe eine, wenn auch bescheidene, Eigenständigkeit bewahren können. Gerade in der Endphase der DDR habe es eine Fülle von oftmals unorthodoxen Ansätzen in der Friedens- und Konfliktforschung gegeben. Dies sei allerdings auch dem Umstand geschuldet gewesen, dass etliche Wissenschaftler die „Abwicklung“ der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsbetriebe befürchteten und sich durch neue und originäre Ideen für weitergehende Aufgaben in einer neuen Wissenslandschaft empfehlen wollten.

Bei der Neustrukturierung der ostdeutschen Universitätslandschaft nach 1991 sei die Friedens- und Konfliktforschung unberücksichtigt geblieben, und auch in den Folgejahren habe sie vor großen Schwierigkeiten gestanden, sich zu etablieren, wie Dr. Jörg Meyer von der Universität Magdeburg bestätigte. Nach Meyer lag dies nicht zuletzt daran, dass es vor Ort keinerlei Tradition in diese Richtung gab, so dass der neu gegründete Magdeburger Studiengang seine Existenz eher einer historischen Zufälligkeit verdankt.

Am Ende des Workshops standen Überlegungen, wie die Präsenz der Friedens- und Konfliktforschung an ostdeutschen Universitäten erhöht werden könne. Es wurde bekräftigt, dass das mit der Verlagerung des Tagungsortes des Kolloquiums nach Leipzig ein sichtbares und positives Zeichen gesetzt wurde.

2.4 Christiane-Rajewsky-Preis und Plenarvorträge zur Standortbestimmung und neuen Herausforderungen für die Friedens- und Konfliktforschung

Unter dem Titel „Jenseits des Staates“: Friedensforschung zwischen Nationalstaatlichkeit, Vergesellschaftung und Internationalisierung“ unternahm Prof. Dr. Tanja Brühl (Universität Frankfurt/Main) den Versuch einer Standortbestimmung der Friedensforschung. Wo steht die deutsche Friedensforschung heute? Welche Ansprüche stellt sie an sich selbst, welchem Anpassungsdruck unterliegt sie? Wo sieht sie sich in der Zukunft? Diesen Plenarvortrag hatten die Kongressveranstalter als eine Art „Spiegelung“ der über die Jahre geleisteten Friedensforschung in den Ansprüchen und Erwartungen heutiger, jüngerer Friedensforscher/innengenerationen konzipiert.

Brühl kritisierte an der gegenwärtigen Friedens- und Konfliktforschung, dass diese sich stärker als bisher der aktuellen weltpolitischen Lage stellen müsse, die gekennzeichnet sei durch das Begriffspaar Denationalisierung und Globalisierung, durch eine „Staatlichkeit im Wandel“ und durch das Auftreten neuer Akteure auf der internationalen Ebene. Die Friedens- und Konfliktforschung sei ursprünglich mit dem Anspruch angetreten, interdisziplinär, kritisch und praktisch sein zu wollen. „Friedensforschung ist Forschung über Ursachen und Bedingungen von Gewaltanwendung. Sie fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen friedfertigen Konfliktverhaltens. Ihre Forschungsstrategie, die die strukturelle Dimension kollektiver Gewalt berücksichtigen muss, ist auf Verminderung organisierter Gewaltpotenziale sowie kollektiver und individueller Gewaltanwendung gerichtet“, so die Wannsee-Erklärung zur Friedensforschung in der Evangelischen Akademie Berlin vom 24./25. April 1971. Daraus sei auf die Notwendigkeit eines „vieldimensionalen, vielfaktoriellen und multivarianten“ Erklärungsansatzes geschlossen worden. Damit sei, anders formuliert, eine Forschung beabsichtigt gewesen, die die bestehenden Verhältnisse durch Praxisrelevanz und Kritik (normativer Ansatz) verbessern helfen wollte und dabei interdisziplinär und mehrdimensional (Problem-analyse aus verschiedensten Blickwinkeln und über verschiedene Ebenen hinweg) ausgerichtet sein sollte. Aus einer Kombination von sieben möglichen analytischen Ebenen und elf potentiellen Produktionsstätten von Aggressivität, Gewalt, Kriegs- oder Friedenspolitik seien siebenundsiebzig mögliche Forschungsfelder entstanden, die die Forscher damals ausgemacht hätten. Damit erscheine der vormals proklamierte Anspruch der „Vieldimensionalität“ (Senghaas) fast noch untertrieben.

Diesem hehren Anspruch stellte Brühl ihre Kernthese gegenüber, dass sich die Friedens- und Konfliktforschung weit von einer „Vieldimensionalität“ entfernt habe und sich stattdessen in einer einseitig „staatszentrierten“ Forschung erschöpft, bzw. sich ein-

seitig auf die Kriegsforschung statt auf die Friedensforschung beschränke. Exemplarisch unterzog sie drei Themenfelder – Bedrohungswahrnehmungen, Demokratischer Frieden und Frieden durch Völkerrecht bzw. Internationale Organisationen – einer Prüfung. Repräsentative Forschungsarbeiten in diesen drei Themenfeldern zeigten, mit einigen Ausnahmen insbesondere während der Kolloquien der AFK, eine Tendenz zur freiwilligen Selbstbeschränkung auf Thesen und Forschungen, die zwischenstaatlich oder aber zumindest staatszentriert ausgerichtet waren. Die Argumentationslinie, die hinter dieser Staatszentriertheit stehe, habe Rittberger mit seiner These „Staatsabhängigkeit des Friedens – es führt zum Frieden kein Weg an den Staaten vorbei“, prominent vertreten.

Die Kritik an dieser Form der Staatszentriertheit speise sich aus vielen Quellen. So ergebe sich durch diese Beschränkung ein unvollständiges Bild, denn die Akteure seien nicht immer nur Staaten, sondern auch NGOs etc. Staatszentriertheit stelle zudem mit der Fixierung auf den Staat den für den Unfrieden Hauptverantwortlichen ins Zentrum des Interesses, wodurch der „Täter“ zum Interessenmittelpunkt werde, während das „Opfer“ weiterhin ein Schattendasein friste. Zudem führe dieser Ansatz dazu, dass Lösungsstrategien, die nicht auf den Staat als Akteur abstellen, zu wenig beleuchtet und erforscht werden.

Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes sei diese Form der Staatszentriertheit endgültig nicht mehr weiterführend, so Brühl weiter. Das Ende des Ost-West-Konfliktes habe dazu geführt, dass man die Welt mit neuen Augen betrachte. Dies habe zum einen daran gelegen, dass eine neue, jüngere Forschergeneration auf den Plan getreten ist, deren Wahrnehmung notwendigerweise eine andere war als die der Generationen vor ihr. Zum anderen habe es auch empirisch wahrnehmbare Veränderungen im Gefüge der Weltordnung gegeben, die Grund zur Hoffnung, zur Sorge, aber auch Anlass für eine neue Ausrichtung der Forschung gewesen seien, denn das herkömmliche, unter den Bedingungen zwischenstaatlicher Konflikte und Supermacht-Konfrontation entwickelte „Krisenmanagement“ versage weithin.

Insbesondere die nichtstaatlichen Akteure, wie NGOs, seien sodann bei der Entwicklung von Friedenstrategien mehr und mehr ins Zentrum des Interesses gerückt. Gleichzeitig habe man auch die privaten Gewaltakteure (z.B. Söldnerfirmen) „entdeckt“. Gleichwohl stellte Brühl in Frage, dass diese eigentlich notwendige Abwendung von

der Staatszentriertheit sich auch tatsächlich durchgesetzt habe. Zwar sei eine Hinwendung zu anderen Akteuren in empirischen und konzeptionellen Arbeiten zu erkennen gewesen, allerdings fehle meistens die Entwicklung eines theoretischen Fundaments. Man könne auch argumentieren, dass nur das Ende des Ost-West-Konfliktes alleine noch keine Zäsur ausmache. Für die veränderte Rolle des Staates sei eben auch die Globalisierung von großer Bedeutung.

Brühl forderte sodann, dass die heutige Friedensforschung „theoriegeleitet oder theoriegenerierend“ sein müsse. Sie habe sich dabei der Analyse gewaltsamer Konflikte zu widmen, wolle sie Gewaltpotentiale vermindern und friedliches Konfliktverhalten ermöglichen.

In einer abschließenden Betrachtung stellte Brühl vier mögliche Ansätze vor, um die Staatszentriertheit zu überwinden und die Forschung in ihrem Sinne voranzutreiben: Zivilisierungsansatz, sozialkonstruktivistischer Ansatz, feministischer Ansatz und Global Governance-Ansatz.

Der Zivilisierungsansatz verstehe sich als Dreiklang aus Gewaltreduzierung, Konfliktregulierung und Friedensstrukturierung und strebe nach einer legitimen und gerechten Ordnung. Frieden sei kein Naturzustand, sondern müsse als Zivilisierungsprojekt verstanden werden. Notwendig seien insbesondere eine konstruktive Konfliktkultur auf der internationalen Ebene und eine wirksame Affektkontrolle auf transnationaler Ebene. Auf der nationalen Ebene habe der postnationale Staat das Gewaltmonopol zu sichern und Ressourcen für eine effektive Sozialpolitik und Rechtsstaatlichkeit zu stellen.

Der sozialkonstruktivistische Ansatz frage demgegenüber danach, wie die Konfliktbeteiligten die Welt sehen, und stelle die Beobachtungsweisen in den Fokus der Forschung. Die Wahrnehmung eines Konfliktes könne insofern von der Realität abweichen, da Realität ein Abbild ihrer individuellen oder kollektiven Konstruktion sei. Die Konfliktparteien bestimmten dadurch die Realität, weshalb immer ihre Wahrnehmung des Konflikts zur Grundlage des Handelns gemacht werden müsse.

Die feministische Friedensforschung wiederum wolle die soziale Konstruktion der vermeintlichen Geschlechterrollen aufzeigen und verändern, denn die Konstruktion der Geschlechterrollen nehme direkten „Einfluss auf Entstehung, Verlauf und Beilegung“

eines Konfliktes: Umgekehrt lasse sich auch sagen, dass der Konflikt einen wichtigen Einfluss auf die Geschlechterkonstruktion hat. Die Veränderung der Geschlechterrollen werde damit zu einer zentralen Bedingung für den Frieden, was inzwischen auch empirisch belegbar sei.

Global Governance-Ansätze bildeten dem Grunde nach keine eigenständige Theorie, sondern bezeugten eher die Annahme, dass Global Governance als analytisches Werkzeug genutzt werden könne. Hierbei seien die begrifflichen Instrumentarien des Global Governance-Diskurses von besonderem Interesse. Namentlich „Akteursdiffusion“, „Mehrebenenpolitik“ und eine „flachere Steuerung“ seien geeignete Steuerungsmodelle.

Mit dem Einbringen dieser neuen Ansätze sei es möglich, eine Friedensforschung auch jenseits des Staates voranzutreiben, Nationalstaatlichkeit als ein ordnendes Element zu begreifen, Vergesellschaftung in den Blick zu bekommen und eine Internationalisierung des Regierens (im Sinne von Verregelungs- und Verrechtlichungsprozessen jenseits des Staates) kritisch zu würdigen.

Im Festrahmen des AFK-40-Jahre-Geburtstages konnte der Christiane Rajewsky-Nachwuchspreis 2007 vergeben werden, in diesem Jahr an drei Preisträgerinnen, Miriam Seemann (1. Preis) sowie Sarah Clasen und Nadine Bilke (je 2. Preis). Die Familie der Namensgeberin des Rajewsky-Preises hatte sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, das Preisgeld zu verdoppeln, auch für die Zukunft.

Den abschließenden und auf zukünftig anstehende, global ausgreifende Konfliktlagen und Forschungsfragen hinführenden Vortrag hielt Prof. Dr. Dirk Messner (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung). Er referierte unter dem Titel „Friedensrisiko Klimawandel: Herausforderungen an präventive Politik“ über die Ergebnisse der aktuellen Risikoanalyse des WBGU, die auf der Grundlage der Erkenntnisse der Umweltkonflikt- und Kriegsursachenforschung sowie der Klimafolgenforschung erarbeitet wurde.

Er eröffnete seinen Vortrag mit der zentralen Botschaft der bisher geleisteten Risikoanalyse, dass „der Klimawandel ohne entschiedenes Gegensteuern die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern wird“. Gewalt und Destabilisierung könnten hieraus

erwachsen. Ohne eine weltweit abgestimmte Klimapolitik seien massive gewalttätige Verteilungskonflikte zu erwarten. Gleichzeitig könne diese Ausgangslage auch zu einem Zusammenwachsen der Staatengemeinschaft führen, wenn diese in der Lage wäre, den Klimawandel als Bedrohung der gesamten Menschheit wahrzunehmen. Sodann stellte Messner die möglichen klimainduzierten Konfliktpotentiale vor.

Aufgeführt wurden insbesondere Bedrohungen des Weltfriedens durch Süßwasserverknappung, umweltbedingte Migration, Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und Verstärkung der Ernährungsunsicherheit sowie die allgemeine Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen. Diese Konfliktsituationen könnten zu erheblichen Ressourcenverteilungskonflikten führen, die die betroffenen Länder unter einen starken Anpassungsdruck setzen würden. Im schlimmsten Fall seien gewalttätige, auch grenzüberschreitende Konflikte zu befürchten.

Grundsätzlich würden die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels in den Weltregionen unterschiedlich ausfallen. Von den Folgen des Klimawandels seien insbesondere Weltregionen betroffen, in denen es „schwache“ Staaten, also solche Staaten, die durch eine nachhaltige Schwächung oder gar Auflösung staatlicher Strukturen geprägt sind, gebe. Diese Staaten hätten ein nur marginal ausgeprägtes Instrumentarium zur Steuerung und Problemlösung zur Verfügung. Durch die „Ansteckungsgefahr“, also die Übertragung von Konflikten auf vorher nur am Rande Beteiligte, stehe zu befürchten, dass sich das Phänomen der „schwachen“ oder fragilen Staaten in diesen Weltregionen ausbreiten werde. Derzeit sei nicht absehbar, dass die internationale Staatengemeinschaft in der Lage sei, der Entstehung solcher „schwarzen Löcher der Weltpolitik“ wirksam entgegenzutreten.

Allerdings seien auch Westeuropa und Nordamerika betroffen, insbesondere von den zu befürchtenden umweltbedingten Migrationsströmen. Hier stelle sich die konfliktträchtige Frage, wer die Folgekosten der Umweltmigration tragen werde. Es werde erwartet, dass die Hauptbetroffenen des Klimawandels diesbezüglich, aber auch ganz allgemein in Bezug auf alle Klimawandelfolgekosten, auf das Verursacherprinzip verweisen werden, wonach die Industrie- und Schwellenländer als Hauptverursacher leistungs- und zahlungspflichtig seien. Da zukünftig auch die aufstrebenden Ökonomien Asiens, aber auch z.B. Indien und Brasilien in diesen Erklärungsnotstand geraten würden, sei hierdurch das Aufreißen einer weiteren Konfliktlinie, diesmal zwischen Schwellen- und

Entwicklungsländern, zu befürchten, auf die die Staatengemeinschaft derzeit nur unzureichend vorbereitet sei. Dieser Erklärungsnotstand könne sich dann auch in einem zunehmenden Legitimitätsdefizit manifestieren, dergestalt, dass den CO₂-emittierenden Ländern vorgeworfen werden könne, sie verletzen wesentlich Menschenrechte durch die Bedrohung der existenziellen Lebensgrundlagen in den Ländern der Hauptbetroffenen. Weiterhin sei auch damit zu rechnen, dass die konventionelle, militärgestützte Sicherheitspolitik durch die Zunahme der Bedrohungslagen, insbesondere durch die Zunahme der bereits angesprochenen „schwarzen Löcher der Weltpolitik“ überfordert sei. All diese sich wechselseitig verstärkenden Bedrohungslagen führten letztendlich dazu, dass die bestehenden, ohnehin unterentwickelten Global-Governance-Systeme, überfordert würden.

Klimawandel sei nur durch internationale Kooperation wirksam zu bekämpfen. Mit fortschreitendem Klimawandel würden die Chancen für einen konstruktiven Multilateralismus sinken. Ein Umdenken in den Global-Governance-Systemen sei also bereits jetzt zwingend erforderlich. Im Falle des Scheiterns der Klimaschutzbemühungen sei nämlich bereits zwischen 2025 und 2040 mit den skizzierten klimainduzierten Sicherheitsrisiken zu rechnen. Die besondere Herausforderung bestehe also darin, in den nächsten 10-15 Jahren entschiedenes Handeln voranzubringen, um diese Bedrohungslagen abzuwenden.

Vor dem Hintergrund dieses Befundes eröffnete Messner sodann eine Erörterung von Handlungsstrategien zur Abwendung des Klimawandels bzw. zur Eindämmung seiner Folgen.

Wichtig sei die Förderung eines kooperativen Umfelds für eine multipolare Weltordnung, die weltweit als fair empfunden werden könne und damit der partnerschaftlichen Entwicklung von Vermeidungsstrategien Vorschub leiste. Gerade dieses Feld sei für eine europäisch geprägte Vorreiterrolle prädestiniert. Zudem müssten die bestehenden internationalen Organisationen in diesem Feld gestärkt werden und die internationale Klimapolitik ehrgeizig weiterentwickelt werden. Die Festschreibung einer globalen Temperaturleitplanke von 2°C über dem vorindustriellen Niveau sei ebenso notwendig wie die Halbierung der weltweiten Treibhausgasemissionen bis zum Jahre 2050 (verglichen mit 1990). Zu denken sei auch daran, die Anpassungsstrategien der Hauptbetroffenen zu fördern. Gerade in den Entwicklungsländern und den fragilen Staatengebilden

müssten ein effektives Wasser- und Nahrungsversorgungsmanagement betrieben werden und umfassende Katastrophenvorsorge- und Nachsorgestrategien implementiert werden. Wichtig sei bei allem Goodwill aber auch, dass diese Initiativen finanziell abgesichert werden, wobei die Kosten deutlich geringer ausfallen als die Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels.

3. Schlussbemerkungen

Wie bereits im Antrag beschrieben, verbanden es sich bei dem Kolloquium drei Absichten. Zum einen sollte eine Zwischenbilanz über den Stand der Forschung in der Friedens- und Konfliktforschung gezogen werden. Dem dienten die Plenumsreferate und die Panels. Dieser Teil kann insofern als gelungen angesehen werden, als in den Arbeitsgruppen die vorgelegten Texte intensiv diskutiert und viele Anregungen formuliert wurden, die den Autoren/innen mit auf den Weg der Fertigstellung ihrer Manuskripte gegeben wurden. Die Arbeit an dem Band kommt weiter gut voran, die ersten Manuskripte sind nunmehr eingegangen und werden von den Herausgebern für die anonyme Begutachtung vorbereitet. Der zweite Teil bestand in der Reflexion der Möglichkeiten und Methoden zivilen Widerstands an Orten in Leipzig, die 1989 eine prominente Rolle spielten. Damit sollte zugleich ein wissenschaftlicher Kongress mit der Diskussion mit Zeitzeugen verbunden werden, eine Gelegenheit, die zudem dem Charakter eines Festkolloquiums anlässlich des 40-jährigen Bestehens der AFK entgegenkam. Die Reaktionen der Teilnehmer hierauf waren ohne Ausnahme sehr positiv. Zum dritten sollte ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass die Friedens- und Konfliktforschung auch im Osten Deutschlands an den Universitäten verankert wird. Inwieweit dies auf längere Sicht gelingt, muss offen bleiben und hängt von vielen Faktoren ab, die von der AFK nicht beeinflusst werden können. Zumindest haben die auf dem Workshop Anwesenden einen AFK-Arbeitskreis gegründet, der sich in Zusammenarbeit mit dem AFK-Vorstand Gedanken darüber machen will, wie die Friedensforschung auch an ostdeutschen Universitäten präsent gemacht werden kann.

Frankfurt/Main, 5.8.2008